

Ganz nebenbei: Das Programm bräuchte zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit das Einvernehmen des Bundesinnenministeriums. Dieses ist zurzeit einfach nicht zu bekommen.

Als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion werden wir uns deshalb auch weiterhin für eine zügige Reform des europäischen Asylsystems sowie für eine faire und gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union einsetzen. Wir sind gern bereit, uns weiterhin auch innerhalb der Bayerischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass Bayern nicht einfach nur im Rahmen von europäischen Pflichten das Notwendige tut, also die notwendige Anzahl an Menschen aufnimmt, sondern dass Bayern sich dafür einsetzt und seinen Teil dafür tut, dass Deutschland Taktgeber bei einer europäischen Lösung wird, meine Damen und Herren. Das geschieht gerne auch mit einer zahlenmäßigen Ausweitung der Koalition der Willigen, aber nicht mit einem kontraproduktiven bayerischen Alleingang.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön, Herr Hold. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion auf. Bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx stellt an die europäische Asylpolitik vier Forderungen.

Forderung Nummer eins: Perspektiven in den Herkunftsländern, Fluchtursachen bekämpfen. – Wir wissen, wie schwierig das ist. Jahr für Jahr steigt die Zahl der Geflüchteten.

Forderung Nummer zwei: kein Zurückdrängen der Geflüchteten ins Verderben und in den Tod. – Wir wissen, wie kontraproduktiv europäisches Handeln in diesem Bereich ist. Die Europäische Union arbeitet mit libyschen Folterknechten zusammen und spendet 90 Millionen Euro im Jahr, damit über 3.000 Geflüchtete in libyschen Folterlagern, sogenannten Detention Centers, Folter, Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt sind. Libyen ist kein sicherer Ort, sagt das UNHCR. Das hat auch der Europäische Gerichtshof geurteilt.

Forderung Nummer drei: Es muss für Asylbewerberinnen und Asylbewerber ein faires Verfahren geben. – Das ist insbesondere auf den griechischen Inseln leider nicht gewährleistet. Wir wissen von Menschen, die dort gewaltsam daran gehindert werden, in Griechenland Asylanträge zu stellen. Wir wissen von Familien, deren Väter im Schnellverfahren ohne Rechtsbeistand wegen illegaler Einreise nach Griechenland zu hohen Haftstrafen verurteilt werden.

Die Hauptforderung ist Forderung Nummer vier: Niemand kommt zu Tode. – Auch diese Forderung wird leider von der europäischen Migrationspolitik nicht erfüllt. Das Mittelmeer ist mittlerweile wieder zur tödlichsten Fluchtroute geworden. Allein in den letzten beiden Jahren sind mehr als 3.600 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen. Wir erleben dort ein regelrechtes Massensterben. Deshalb hat meine Fraktion, die SPD-Fraktion, mit Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Minderheitenanhörung im Europaausschuss beantragt. Am 10. November werden wir uns hier mit dem Thema der Seenotrettung in besonderer Weise auseinandersetzen. Ich werde auch meine persönlichen Erfahrungen als ehrenamtliches Co-Mitglied der Mission Lifeline aus dem Jahr 2019 und möglicherweise auch meine Erfahrungen dieses Sommers 2020 als ehrenamtliches Co-Mitglied der "Alan Kurdi" der Regensburger NGO Sea-Eye mit einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Demirel hat die Zustände auf den griechischen Inseln richtig beschrieben: menschenunwürdig. 20.000 Geflüchtete gibt es allein in Moria, sechsmal so viele wie geplant. Insgesamt 37.000 Menschen halten sich in Lagern auf den Inseln auf, die eigentlich nur für 6.000 ausgelegt sind. Die Europäische Union ignoriert das Elend, statt zu evakuieren. Die Geflüchteten leben dort zwischen Müllbergen und Ratten. Sie müssen stundenlang für Wasser anstehen. Selbst der Hilfskoordinator von "Ärzte ohne Grenzen" berichtet, seine Arbeit im Südsudan erscheine unbürokratischer und leichter zu verrichten, wenn er sie mit den hohen Barrieren vergleicht, die Griechenland selbst, aber auch die Europäische Union auf den griechischen Inseln für seine Arbeit, für seine humanitäre Tätigkeit errichten.

Deshalb unterstützen wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein bayesisches Aufnahmeprogramm. Wir hoffen, dass dieser Antrag heute vom Parlament beschlossen wird, nachdem unsere eigene sozialdemokratische Initiative vor einigen Wochen mit der Überschrift "Die Würde des Menschen ist unantastbar" [...] – Humanitäres Sofortaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den Hotspots in Griechenland" leider von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt wurde. Wir haben heute die Chance, ein gemeinsames Zeichen für die Menschlichkeit zu setzen. Wenn Schleswig-Holstein und Thüringen als Bundesländer vorbildhaft vorangehen, wenn 15 bayerische Kommunen sagen: "Wir sind hilfsbereit, wir wollen etwas tun", dann stellt sich natürlich die Frage, welche bürokratischen und auch welche politischen Hindernisse es eigentlich gibt, Städten wie beispielsweise der Landeshauptstadt München so viele Steine in Weg zu legen, dass das Prinzip der Humanität am Ende nicht realisiert und umgesetzt werden kann.

Deshalb: breite Unterstützung aus der SPD für den heutigen Antrag. Vielen Dank für diese Initiative.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Mikrofon, Markus. – Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion. Bitte.

Andreas Winhart (AfD): Ich bin total begeistert davon, dass Sie gerade erzählt haben, dass Sie im Mittelmeer mit Booten verschiedener Rettungsorganisationen unterwegs waren. Können Sie uns vielleicht kurz, aber detailliert erklären, was Sie da genau gemacht haben? Haben Sie da Leute vom Rettungsboot auf Ihrem Boot aufgenommen und dann in einen italienischen Hafen gefahren? Haben Sie bei der Einreise hinsichtlich der Dokumente geholfen? Wie kann man sich das vorstellen? Was haben Sie denn da genau gemacht?

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Winhart, ich habe nur eine Minute Zeit, Ihnen zu antworten. Ich habe auch im Plenum schon mehrfach darüber berichtet, dass ich letztes Jahr auf dem Rettungsschiff "Eleonore" der Mission Lifeline dabei war. Damals waren es nur 48 Stunden – für diesen Sommer sind sechs Wochen geplant, unter der Voraussetzung, dass das Rettungsschiff "Alan Kurdi" der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye aus Regensburg tatsächlich auslaufen kann, da es leider viele, viele europäische Hürden gibt. Auch der deutsche Verkehrsminister sagt, dieses Schiff sei nicht tauglich, um auf dem Mittelmeer Flüchtlinge aufzunehmen. Es gibt noch viele andere Fragestellungen.

Ich hoffe, Sie kommen am 10. November auch zur Anhörung. Der Landtag wird sich dann ganz offiziell mit diesem Thema auseinandersetzen. Ich werde von den Flüchtlingen berichten, die mir ihre Narben aus den libyschen Detention Centers gezeigt haben, die definitiv vulnerabel waren – anders, als es Ihr Kollege vorher dargestellt hat –, die definitiv eine unglaubliche Folter durchgemacht haben. Es handelt sich um Dutzende von ihnen. Ich habe das unmittelbar persönlich in Anwe-